

---

Elmar Wiesendahl

## **Der rot-grüne Wahlsieg**

### **Eine Wahnachlese und Analyse der neuen Machtverhältnisse**

---

*Prof. Dr. rer. pol. habil. Elmar Wiesendahl, geb. 1945 in Arnsberg/Westf., Studium der Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft in Münster und Hamburg, lehrt Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.*

---

Der Übergang zur Berliner Republik wird seit dem 27. September 1998 durch einen rot-grünen Machtwechsel eingeleitet. Ob es nur bei einer spurenlosen Übergangsregierung bleibt oder ob es der neuen Koalition gelingt, der Berliner Demokratie über längere Zeit nachhaltig ihren Stempel aufzudrücken, ist durch die gewandelten Machtverhältnisse vorgezeichnet, die aus dem Ergebnis der Bundestagswahl resultieren.

Im folgenden sollen die Chancen und Risiken, die sich für die Parteien und ihre Hauptakteure aus der veränderten Kräftekonstellation ergeben, erörtert und bewertet werden. Zunächst wird auf das Wahlergebnis und seine Ursachen zurückgeblickt, weil sich hierdurch der Weichenstellungscharakter der Wahlen für einen Politikwechsel genauer bestimmen läßt. Dann wird die neue Machtstruktur im Hinblick auf die Spielräume ausgelotet, über die SPD und Grüne als Regierungsparteien und die in die Opposition gedrängten Unionsparteien verfügen. Am Ende wird der Machtwechsel auf gewerkschaftliche Einflußchancen ausgeleuchtet.

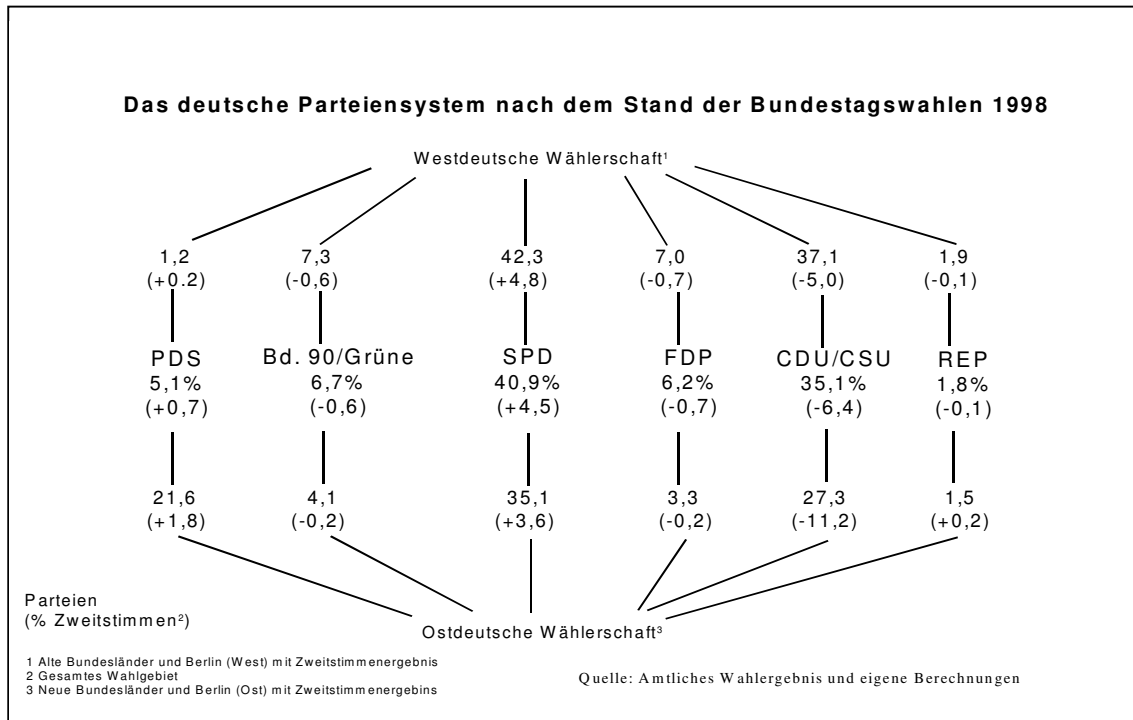
#### **Das Bundestagswahlergebnis vom 27. September 1998**

Die Bundestagswahlen haben einen in diesem Ausmaß überraschenden und für die Nachkriegsgeschichte einzigartigen Linksruck der Parteienlandschaft in Deutschland hervorgebracht. Zum ersten Mal nach dem Krieg trieb eine breite Wählermehrheit eine Regierung durch Abwahl aus dem Amt und stattete gleichzeitig SPD und Grüne mit einem satten Stimmenüberschuß aus,

so daß auf Bundesebene gegen CDU/CSU, FDP und gleichzeitig gegen PDS die Basis für ein rot-grünes Bündnis geschaffen wurde. Diese politische Farbenverbindung stellt, was im historischen Zusammenhang nicht übersehen werden sollte, in der Geschichte des internationalen Parlamentarismus ein absolutes Novum dar.

Die eindeutigen Verlierer der Wahl bilden die Unionsparteien. Sie werden mit einem Stimmenanteil von 35,1 Prozent und bemerkenswert hohen Verlusten von minus 6,4 Prozentpunkten in die Opposition verwiesen. Ihr Vorsprung im Jahre 1990 von 10,3 Prozent vor der SPD hat sich 1998 in einen Rückstand von 5,8 Prozent verwandelt. Als nicht minder klarer Sieger gehen die Sozialdemokraten aus den Wahlen hervor. Sie verbessern ihr Ergebnis um plus 4,5 Punkte und erzielen einen Wähleranteil von 40,9 Prozent. Genauso wie die FDP mit 6,2 Prozent (minus 0,7) müssen auch die Bündnisgrünen mit 6,7 Prozent (minus 0,6) leichte Verluste hinnehmen, während es der PDS gelingt, mit einem Stimmenanteil von 5,1 Prozent (minus 0,7) über die Fünf-Prozent-Hürde zu springen.

### Das deutsche Parteiensystem nach dem Stand der Bundestagswahlen 1998



Man kann nach den Wahlen durchaus davon sprechen, daß sich das deutsche Parteiensystem auf eine weitere Entwicklungsstufe hin verfestigt hat. Nach einer ersten Formierungsphase in den Anfangsjahren der Republik wurde es bis zu den Achtzigern von einem Zweieinhalb-Parteien-Oli-

gopol aus CDU/CSU, SPD und FDP beherrscht, das der FDP die Schlüsselrolle der Mehrheitsbeschafferin zuspilte. Bis zu den Neunzigern erweiterten dann die Grünen zwar das Parteienspektrum, ohne daß das bürgerliche Lager um seine Mehrheit gebracht wurde. Nun hat sich jedoch, beginnend mit der deutschen Einheit, dauerhaft ein Fünf-Parteien-System unter Einschluß der PDS etabliert, das den bisherigen Mitte-Rechts-Achsen Schwerpunkt, der die Union strukturell begünstigte, nach Mitte-Links verlagert. Hierdurch gelangt das Mitte-Links-Lager aus SPD, Grünen und PDS erstmalig in der deutschen Parteiengeschichte auf eine klare 53 Prozent-Mehrheit (Ostdeutschland: 61 Prozent). Dagegen stützen sich Union und FDP abgeschlagen nur noch auf einen Wählersockel von 41,3 Prozent. Wie erdrutschartig sich damit die Lagerverhältnisse verändert haben, zeigt sich daran, daß die bürgerliche Koalition 1990 gegenüber SPD und Grünen noch einen Vorsprung von 16,2 Prozentpunkten erzielte. Die Linksverschiebung wird auch dadurch deutlich, daß die Regierungsmehrheit nun das Zentrum der Links-Rechts-Achse besetzt. Dagegen werden Union und FDP nach rechts gedrängt, was dadurch verstärkt wird, daß sich am linken Rand die PDS als weitere Oppositionspartei niedergelassen hat.

Die numerischen Summeneffekte des Wahlsieges für die rot-grüne Koalition sind nicht gleichbedeutend mit den ausschlaggebenden Wählermotiven, die das Wahlergebnis herbeiführten. Die Bundestagswahlen, so läßt sich unter diesem Blickwinkel sagen, wurden von einer Entscheidung *gegen* die Regierung Kohl bestimmt. Dabei kamen zwei Faktoren zusammen: einmal eine stabile mehrheitliche Wechselstimmung in der Bevölkerung, die von dem Wunsch nach einem Regierungswechsel getragen wurde. Außerdem schlug eine tiefe Unzufriedenheit mit der sozialen Schieflage der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik der Regierung durch, die speziell die CDU/CSU die Mehrheit kostete<sup>1</sup>. Zu recht läßt sich deshalb von einer Abwahl Kohls nach 16 Jahren Kanzlerschaft über eine christlich-liberale Koalition sprechen, was durch die Zuspitzung des Wahlkampfes auf ein Personalplebiszit durch seinen gefährlichen Herausforderer Gerhard Schröder noch unterstützt wurde. Die neue rot-grüne Koalition verdankt damit ihre imponierende Mehrheit ihr nicht unbedingt wohlgesonnenen Wählermotiven. Nicht zuletzt trug gerade das geschickte Offenhalten der Koalitionsfrage durch die SPD dazu bei, Wähler von der Union wegzulocken. Heraus kam eine Mehrheit ohne eindeutiges Mandat, ohne klaren Wählerauftrag, zumal eine rot-grüne Koalition während des Wahlkampfes immer nur von einer Minderheit von etwas mehr als einem Drittel der Wähler für wünschenswert gehalten wurde<sup>2</sup>. Rot-Grün hat zwar gesiegt, muß sich aber ihre eigene Mehrheit erst noch erarbeiten.

Im Vergleich zu den anderen Parteien enden die Bundestagswahlen 1998 für die SPD mit einem historischen Wahlsieg. Nach dem Desaster der Ein-

---

1 Siehe hierzu Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl 1998, Mannheim 30. Sept. 1998, S. 75ff; vgl. auch Renate Köcher (Institut für Demoskopie Allensbach), In der neuen Lage hat die CDU neue Aufgaben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 14.10.1998, S. 5.

2 Forschungsgruppe Wahlen, S. 71.

heitswahlen von 1990 mit 33,5 Prozent kann sie ihren Wiederaufstieg nun mit 40,9 Prozent Wähleranteil krönen. Dies ist das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte, abgesehen von der Ausnahmewahl von 1972 unter Willy Brandt. Sie kann zu ihren bisherigen 103 noch 109 weitere Direktmandate hinzugewinnen und kommt mit weiteren 13 Überhangmandaten auf insgesamt 298 Bundestagsabgeordnete. Die SPD gewinnt überall und verdankt ihren Vorsprung nicht allein den Zugewinnen im Osten. Insbesondere sind es aber norddeutsche, oberhessische, saarländische und Ruhrgebietswähler, die Schröder zur Kanzlerschaft verhelfen. Nach der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap hat die SPD den Grünen rund 450.000 und der CDU rund 1,4 Millionen Stimmen abgenommen<sup>3</sup>. Dabei überrundet sie die CDU/CSU um rund 2,9 Millionen Wählerinnen und Wähler.

### Das Wahlverhalten 1998 nach der beruflichen Stellung

Berufliche Stellung	CDU/CSU		SPD		GRÜNE		FDP		PDS	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Arbeiter(in)	28,8	-8,1	48,6	+3,3	3,5	-1,2	3,3	-0,2	5,6	+0,9
Angestellte	30,3	-8,1	43,8	+7,4	9,5	+0,7	6,4	-1,1	5,1	-0,7
Beamte	34,5	-8,2	36,9	+4,0	13,6	+2,7	7,8	-0,2	3,2	+0,6
Selbständige	43,8	-8,4	22,9	+5,4	9,3	+1,6	15,0	+0,1	4,3	+0,9
Landwirte	63,3	-1,0	13,8	-0,2	4,6	+0,3	5,7	-2,9	5,5	+2,8
Hausfrauen/ Hausmann	38,8	*	41,8	*	6,6	*	6,0	*	1,3	*
Rentner(in)	42,9	-6,0	40,3	+4,6	2,4	-0,2	5,7	-0,8	5,0	+1,1
in Ausbildung	27,0	-1,8	35,1	+2,2	16,0	-4,9	6,6	-0,2	6,7	+0,7
arbeitslos	21,4	-9,3	43,5	+1,1	7,6	+0,8	3,9	+0,2	12,9	+0,9

\* Keine Angaben für die Bundestagswahl 1994 verfügbar

*Quelle:* Ergebnisse der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen vom 14.10.1994 und der Wahltagsbefragung von Infratest dimap vom 27.09.1998, entnommen aus Hans-Joachim Veen u.a., Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998. Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien Nr. 173/1998, Sankt Augustin, 15. Oktober 1998, S. 127.

Einfach ist es nicht, den SPD-Sieg mit den Wählern der sogenannten neuen Mitte in Zusammenhang zu bringen. Immerhin hat die SPD überdurchschnittliche Zugewinne bei Angestellten (plus 7,4 Prozent) und Selbständigen (plus 5,4 Prozent) zu verzeichnen. Hinzu treten die Gewinne, die die Partei erstmalig bei der ostdeutschen Arbeiterschaft mit einem Stimmenanteil von 40 Prozent erzielt. Dagegen stürzt die CDU in dieser Wählergruppe von einem 40 Prozent-Anteil auf nur noch 25 Prozent ab<sup>4</sup>. Der überproportionale Zulauf an Angestellten und Dienstleistern rundet das Profil der SPD als erfolgreiche, breit verankerte Arbeitnehmerpartei ab.

3 Rita Müller-Hilmer/Wolfgang Hartenstein (Infratest dimap), Der Linksruck, in: Die Zeit v. 1.10.1998, S. 10.

4 Forschungsgruppe Wahlen, S. 89.

Im Wahlerfolg der SPD bündeln sich viele Ursachen, bei denen glückliche Umstände, die allgemeine Wirtschafts- und Beschäftigungslage und nicht zuletzt die Fehler der Union mit heranzuziehen wären. Einen nicht unbedeutenden Teil des Erfolges kann sich die SPD mit ihren Spitzenvertretern allerdings auf das ganz persönliche Konto gutschreiben, zumal ihr in der höchst professionellen Wahlkampfführung keine Fehler unterlaufen sind. Dieser Leistung geht das Verdienst von Oskar Lafontaine voraus, die Partei 1995 nach der Übernahme des Vorsitzes aus dem Tief der Personalquerelen herausgeholt und als disziplinierte Oppositionspartei geeint zu haben. Mit der Kombination von Modernität und sozialer Gerechtigkeit gelang ihr erfolgreich, ein Feld im Wahlkampf zu besetzen, bei dem sie entsprechend den vorrangigen Wählerwünschen ihre sozial- und beschäftigungspolitischen Kompetenzvorsprünge gegenüber der Union auszuspielen verstand<sup>5</sup>. Modernität und Zukunftsorientierung konnten schließlich in der Person des Kanzlerkandidaten Schröder glaubwürdig verkörpert werden, der im dynamischeren Eigenschaftsprofil und in den Sympathiewerten dem „ewigen“ Kanzler Kohl deutlich den Rang ablief.

Vor diesem beeindruckenden Erfolg der SPD nimmt sich das Wahlergebnis der Bündnisgrünen mit 6,7 Prozent recht bescheiden aus. In der Tat haben sie es sich bereits als Erfolg anzurechnen, daß sie nach ihrem Wahlkampfstart in den Bundestag zurückgekehrt sind. Dabei halten sie ihre traditionellen Wählerschwerpunkte in den Stadtstaaten und in Baden-Württemberg, während sie, wie bereits bei den Landtagswahlen, im Osten an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Es sind älter werdende konfessionslose Wählerinnen und Wähler mit hohen Bildungsabschlüssen in Universitätsstädten und modernen urbanen Dienstleistungszentren, auf die sich die Grünen in erster Linie verlassen können<sup>6</sup>.

Trotz Verlusten gelingt es auch der FDP, mit 6,2 Prozent der Stimmen wieder in den Bundestag einzuziehen. Dort nimmt sie nun den vierten Platz ein. Dies verdankt sie vor allem ihrer Hauptklientel unter den Selbständigen (15 Prozent). Ähnlich wie die Grünen ist auch die FDP von der ostdeutschen Landkarte verschwunden. Doch läßt sich von einer Konsolidisierung ihrer Wählerbasis als westdeutscher Regionalpartei noch längst nicht sprechen, zumal sie nur noch in vier von 16 Landtagen (Schleswig-Holstein, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg) vertreten ist.

Der PDS gelingt zwar mit 5,1 Prozent Wähleranteil der Direkteinzug in den Deutschen Bundestag. Sie kann aber trotz ihrer Basisverbreiterung von zwei auf 2,5 Millionen Wählerinnen und Wählern ihren Charakter als Ostpartei nicht ablegen. Die Westwähler tragen nur zu 18,3 Prozent Anteil zum Gesamtergebnis der PDS bei.

---

5 Siehe hierzu, Hans-Joachim Veen u.a., Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998 (Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien Nr. 173/1998), Sankt Augustin 15.10.1998, S. 47ff.

6 Siehe Forschungsgruppe Wahlen, S. 84.

Die Union ist nicht nur der eigentliche Verlierer der Bundestagswahl 1998, sondern erlebt mit ihrer Niederlage ein Desaster. Sie verliert flächendeckend (Westverluste: -6,3 Prozent, Ostverluste: -11,2 Prozent) und fällt mit 35,1 Prozent Wähleranteil auf ihr Ausgangsniveau von vor 1953 zurück. Selbst vor ihren ländlichen Hochburgen macht der Erdrutsch nicht Halt. Zwar war der Abstieg seit dem ersten Wahlsieg Kohls 1983 mit 48,8 Prozent durch anhaltende Verluste vorgezeichnet, doch daß dieser Trend 1998 mit einem Absturz auf etwas mehr als ein Drittel der Wähler enden würde, war nicht vorhersehbar. Noch nie in ihrer Geschichte war sie gegenüber der SPD soweit abgeschlagen wie heute. Nicht einmal in großen agrarischen Flächenländern des Nordens kann sich ein CDU- gegen einen SPD-Direktkandidaten durchsetzen. Zurückgedrängt in den katholischen Süden der Republik und nach massiven Verlusten unter Arbeitern und Angestellten wird ihr Parteiprofil noch stärker als bisher von Katholiken, Selbständigen und Landwirten geprägt<sup>7</sup>.

Die Gründe der katastrophalen Wahlniederlage sind in der Wechselstimmung und „Gerechtigkeitslücke“ zu suchen. Als hausgemacht hat sicherlich aber auch ihr verkorkster Wahlkampf zu Buche geschlagen. Dabei muß in der Selbsterneuerung Kohls zum erneuten Kanzlerkandidaten im Frühjahr 1997 der Ausgangspunkt einer strategischen Fehlkalkulation gesehen werden. Die von Kohl verordnete Weichenstellung schlug sich dann in einem dünnen Wiederaufguß des 94er Kanzlerwahlkampfes der Union nieder. Was dabei aber auch immer in Anschlag gebracht wurde - das Lagerwahlkampfkonzept, die Rote-Hände-Angstkampagne, die „Weltklasse für Deutschland“ und die spätsommerliche Aufschwungkampagne -, nichts fruchtete, womit dem Schröder-Wahlkampf Paroli hätte geboten und die Abwahl hätte aufgehalten werden können.

### **Die neuen Kräfteverhältnisse nach den Wahlen: Handlungsspielräume und Chancen**

Mit der Wahl Gerhard Schröders zum Bundeskanzler am 27. Oktober 1998 hat die rot-grüne Koalition mit der Arbeit begonnen, wobei sie sich auf eine breite und stabile Gestaltungsmehrheit in Bundestag und Bundesrat abstützen kann. Mit den neuen politischen Kräfteverhältnissen wurde der SPD die Rolle des strategischen Spielführers zugespielt, die über lange Jahre hinweg die Unionsparteien in der Bonner Republik innehatten. Das heißt zunächst, daß sich Regierungsbildungsmehrheiten gegen sie gegenwärtig nicht organisieren lassen. Umgekehrt verfügen die Sozialdemokraten über eine attraktive Optionsvielfalt, so daß sich zukünftig neben der jetzigen rot-grünen Variante auch noch rot-gelbe, rot-schwarze und, wie in Mecklenburg-Vorpommern vorexerziert, rot-rote Koalitionskombinationen durchspielen ließen.

---

<sup>7</sup> Siehe Veen, S. 123.

So rosig sich unter diesem strategischen Kräftespielvorteil die Zukunft für die SPD auch immer ausnimmt, heißt dies noch lange nicht, daß ihr bei den Wahlen allgemein zugetraut worden wäre, die Sache besser zu machen als die abgewählte Kohl-Regierung. Gewichtiger noch beginnt die rot-grüne Koalition ihre Arbeit mit der Hypothek, aus einer fragilen Ad-hoc-Wählermehrheit hervorgegangen zu sein. Anders als 1969 existiert auch keine gesellschaftliche Reform- und Aufbruchkoalition, an deren Spitze sie sich stellen könnte. Insofern verfügt die neue Regierung auch nicht über allzuviel belastbaren Vertrauenskredit, weil ihr die große Anzahl an Anti-Kohl-Wählern aus den ungebundenen neuen Mittelschichten rasch wieder weglaufen könnte. Zahlreiche Gelegenheiten hierzu bieten sich bereits im Testjahr 1999, in dem nicht nur die Europa-Wahlen, sondern in sieben Bundesländern, beginnend mit Hessen im Februar, Wahlen abgehalten werden.

Dabei muß die Schröder-Regierung, um sich ihrer Mehrheit versichern zu können, einen Problemberg abtragen, der sich vor allem auf beschäftigungs- und sozialpolitischem Gebiet aufgetürmt hat. Dies ist noch dazu ein Feld, bei dem die Handlungsspielräume durch verschleppte Strukturprobleme, Massenarbeitslosigkeit und öffentliche Verschuldungskrise besonders stark eingeschränkt sind. Weitere Schranken sind durch den „Aufbau Ost“ vorgegeben. Vor diesem Hintergrund haben die rot-grünen Koalitionäre zwar in Windeseile einen Koalitionsvertrag zustande gebracht. Bemerkenswert ist jedoch, wie sehr sie sich dabei jeglicher triumphalen Gestik enthalten. Nach 16 Jahren der Ära Kohl wird der Machtwechsel und Neubeginn geschäftsmäßig und in einer Bescheidenheit inszeniert, daß wirklich keine inspirierende Aufbruchstimmung aufkommen will oder gar das Gefühl, einem glanzvollen Epochenwechsel beizuwohnen.

Vom großen strategischen Reformdesign oder visionären Zukunftsprojekt, auf das sich alles das, was die Koalition vorhat, beziehen würde, keine Spur. Auch werden semantische Leerräume nicht besetzt, wie auch in der Kampagnen- und Themenführerschaft keine erkennbaren offensiven Akzente gesetzt werden. Augenscheinlich ist der potentielle Gestaltungsspielraum durchaus größer, als er von der rot-grünen Koalition genutzt wird. Untätig und lustlos ist sie dabei nicht. Nur läßt sich nicht sagen, daß die Koalition, mit der wohl die SPD so konkret nicht gerechnet hat, mit einem Set an fertigen und zu Ende gedachten Reformvorstellungen beginnen würde. Bei der Gunst der Stunde macht sie sich erst einmal noch etwas wenig geordnet und eher unschlüssig auf den Weg, um sich beim Gehen klarer darüber zu werden, was am Ende der Strecke, die man eingeschlagen hat, stehen könnte und wie man dahin gelangen kann. Bei so wenig Zielgewißheit und klarer Führung wird sich die rot-grüne Karawane jedoch noch auf einige unbedachte Fehlschritte, Richtungskonflikte und Kursabstimmungsspannen einrichten müssen.

Es ist in erster Linie die SPD, die auf diesem Wege gestalterisch die Hauptlast gesellschaftlicher Modernisierung unter Wahrung sozialer Gerechtigkeit

zu schultern haben wird. Von ihrer Machtfülle aus betrachtet sind die Voraussetzungen hierfür nicht schlecht, steht sie doch nach dem Wahlsieg im Zenit ihrer Macht: Sie ist mit Abstand stärkste Partei in Deutschland und überrundet die CDU nun auch in Ostdeutschland. Sie stellt den Kanzler, Bundestagspräsidenten, zukünftigen Bundespräsidenten und 11 von 16 Ministerpräsidenten, mit denen sie eine Bundesratsmehrheit hält. Mit dem Ende des oppositionellen Disziplinierungsdrucks werden allerdings die sozialdemokratisch geführten Länder schon deshalb ihre eigenen Interessen über den Bundesrat stärker hervorkehren, weil deren Spitzenvertreter kaum das gleiche Schicksal wie die christdemokratischen Ministerpräsidenten erleiden wollen, die alle bis auf Erwin Teufel durch Abwahl ihren Preis für die langen Jahre der Kanzlerschaft Kohls zahlen mußten.

So wie die SPD in Bonn den Politikwechsel angeht, betreibt sie in der ersten Phase ihres Regierungsantritts offenkundige Klientelpolitik, um die sozialen Einschnitte der Kohl-Regierung wieder zurückzunehmen. Zwar löst sie damit, was ja schon was heißen will, Wahlversprechen ein. Doch bleibt dabei die Linienführung im Dunkeln, wie sie Deutschland reformieren will. Statt dessen baut sie schwerpunktmäßig auf eine elektorale Sicherheitskoalition, hinter der sich alle diejenigen - von denen es eine strukturkonservative Mehrheit in Deutschland gibt<sup>8</sup> - scharen sollen, die am liebsten die sozialen Strukturen der alten Bundesrepublik erhalten und fortschreiben möchten. Zurückgedrängt wird damit zwar der Primat der Ökonomie (Standort Deutschland), weswegen die alte Koalition eine Niederlage einsteckte. Ob allerdings der Primat des Sozialen Früchte tragen wird, ist angesichts schwindender Wirkungsmacht nationaler Politik gegenüber einer globalisierten Ökonomie tunlichst zu bezweifeln. Am Ende wird die SPD auch nicht an der Bewahrung des Alten, sondern an ihrem Mut zum Neuen und ihrer Fähigkeit, die Arbeitslosigkeit zu senken, die Steuerlast zu begrenzen und die sozialen Sicherungssysteme reformieren zu können, gemessen werden. Hier stehen noch manche Kraftproben zwischen Modernisierern und dem traditionalistischen Mehrheitsflügel der Partei aus, der die SPD als Schutzpatronin des Sozialstaats erhalten möchte. Gegenwärtig besitzt die Partei weder ein ausgearbeitetes noch konsensfähiges Konzept zur Modernisierung der Gesellschaft.

Die Identität der Berliner Republik wird sich allerdings weder auf purer Ökonomie noch auf dem Vorrang des Sozialen begründen lassen. Deshalb wird es mit „Bread and butter“-Themen und der Parole „Arbeit“ auch nicht getan sein. Unerlässlich ist schon eine das schier Materielle transzendierende Leitidee, die den öffentlichen Diskurs anheizt und Gefühle bewegt - nicht zuletzt deshalb, damit sich die Geister daran scheiden.

Für die Grünen erfüllt sich 18 Jahre nach ihrer Gründung als fundamentalistische Ökopax-Partei ein Traum, indem sie als Juniorpartner an der Seite der SPD mit einem grünen Außen- und Umweltminister und einer grünen

---

8 Siehe hierzu Thomas Emmert/Matthias Jung (ipos), Modell Deutschland? Ergebnisse aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen, Mannheim o.J. (1997), S. 11ff.



Gesundheitsministerin am Kabinetttisch Platz nehmen. Nur ein wenig trübt diese strategische Meisterleistung von Joschka Fischer und Jürgen Trittin das Dilemma, der SPD auf absehbare Zeit koalitionspolitisch ausgeliefert zu sein. Anders als der SPD ist es den Grünen immerhin mit den Themen Atomausstieg, doppeltes Staatsbürgerrecht und ökologische Steuerreform gelungen, ihre Handschrift im Koalitionsvertrag kenntlich zu machen. Zudem liefert ihnen die Regierungsbeteiligung Chancen auf weitere Entfaltungsmöglichkeiten, um über Umwelt und Frieden hinaus ihr Themenspektrum auf die Außenpolitik und speziell Sozialpolitik hin zu erweitern. Mit ihrer Präferenz für gesellschaftliche Selbstorganisation ließe sich für sie auch die Rolle eines Korrektivs gegenüber dem etatistischen Sozialstaatsflügel der SPD einnehmen. Zugleich ergeben sich weitere Profilierungsmöglichkeiten als Partei der Menschenrechte und gesellschaftlichen Minderheiten. Schließlich tun sich auch bei den kommenden Wahlen Chancen als Auffangbecken für Wähler auf, die ihren Unmut über die SPD ohne Lagerwechsel abregieren wollen.

Dagegen ist die Lage für die in die Opposition gedrängte FDP besonders prekär. Schließlich bestand ihr politisches Kapital gegenüber ihrer Klientel vor allen Dingen in ihrer Rolle als geborener Regierungs- und Ministerpartei, die am Ort der Entscheidungen als mittelständische und unternehmerische Interessenvertretung Wirkungen entfaltet. Dieses Kapital hat sie selbst auf Landesebene weitgehend (Regierungsbeteiligung nur noch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg) verspielt, was ihren Wert auch gegenüber ihren Spenderkreisen deutlich mindert. Strategische Klugheit gebietet ihr deshalb, sich aus der sowieso chancenlos gewordenen Mehrheitbeschaffungsrolle für die Union zu befreien und sich ohne Gesichtverlust koalitionspolitisch gegenüber der SPD zu öffnen. Wendemanöver dieser Art sind zunächst am ehesten auf Länderebene zu erwarten. Die hinter der FDP stehenden gesellschaftlichen Kräfte werden dies durchaus zu schätzen wissen, weil sich dadurch die Chance auftut, ihnen weniger gewogene rot-grüne Koalitionen auf Länder- und dann auch auf Bundesebene aufzubrechen. Allerdings ist sie als libertäre Freigeist- und Rechtsstaatspartei für das Bildungsbürgertum nicht mehr glaubwürdig. Um in ihre koalitionsstrategisch günstige Mitte-Position zwischen der Union rechts und der SPD links zurückzukehren, müsste sie deshalb programmatische Kurskorrekturen vornehmen, die ihre einseitige Verengung auf marktradikale Rechts-Positionen wieder zurücknehmen.

Wenn auch die PDS bis auf weiteres bei zukünftigen bundespolitischen Koalitionsspielen keine Rolle übernehmen wird, hat sie sich doch im Bundestag einen Platz erkämpft, der bei SPD und auch Grünen einigen Argwohn auslösen müsste. Schließlich bedrängt sie speziell die SPD von links als die bessere und kompromißlosere sozialistische Alternative - und dies womöglich nicht nur im Osten der Republik. Enttäuschte Links-Wähler der rot-grünen Koalition könnten zukünftig durchaus die PDS stärken. Die Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern vermag die PDS partiell vom

Stigma postkommunistischer Regierungsunreife befreien. Doch gleichzeitig soll sie auch, wie die SPD hofft, durch die Inpflichtnahme ein Stück entzaubert werden. Für die PDS als alternativer ostdeutscher Milieupartei wird das Überleben davon abhängen, inwieweit es ihr gelingt, im Westen wirklich Fuß zu fassen.

Die CDU/CSU erlebt mit ihrem Wahldesaster zwar keinen Rausschmiß aus der Epoche und wird auch nicht, wie manche andeuten<sup>9</sup>, abgeschlagen auf die Büsserseite eines neuen, sich um die (alte) soziale Frage rankenden Gesellschaftskonflikts abgedrängt werden. Doch noch nie war die Union so machtlos wie nach dem Wählervotum vom September. Nirgendwo ein Unionsvertreter, der ein Spitzenamt der Republik bekleiden würde. Gleichzeitig stellt sie nur noch in drei von 16 Ländern (Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen) den Ministerpräsidenten, wozu sie sich in Thüringen und Berlin die Macht mit der SPD teilen muß. Die rot-grüne Mehrheit von 38 zu nur 16 sicheren Unionsstimmen im Bundesrat zu brechen, steht auf absehbare Zeit ebenfalls nicht in Aussicht. Die CDU/CSU wird sich als 35-Prozent-Partei schon wegen des eklatanten Stimmenvorsprungs von Rot-Grün auf eine lange Oppositionszeit einzurichten haben. Düster sind dabei vor allem ihre strategischen Optionen, wieder an die Macht zu kommen. Eine Mehrheitsfähigkeit aus eigener Kraft läßt das Berliner Fünf-Parteien-System nicht zu. Bündnispartner, die ihr zu einer Mehrheit verhelfen könnten, sind aber weit und breit nicht in Sicht. Die FDP wird sich nicht nur zieren, sondern ist selbst zu schwach, um die noch stärker geschwächte Union auf Regierungshöhe zu hieven. Schwarz-Grün ist zwar ein weiteres Denkmodell. Doch machen sich an ihm sowohl in der Union als auch bei den Grünen weitaus mehr Widerstände fest, als daß es sich auf Länderebene vorteilsbringend umsetzen ließe. Zudem gilt gegenwärtig, daß sich weder mit einer schwarz-gelben noch einer schwarz-grünen Kombination Mehrheiten organisieren lassen. Wie sie sich deshalb auch dreht und wendet: Die Union steckt in einer strategischen Sackgasse.

Der Kraftakt einer grundlegenden Erneuerung des ausgelaugten Kanzlerwahlvereins ist also unumgänglich, wobei sich gegenwärtig die innerparteilichen Flügel über die zukünftige Kursausrichtung der CDU weder im klaren sind noch einen Konsens erzielen könnten. Zudem muß die matte Partei so etwas wie offene Diskussionskultur erst noch von der Pike auf neu erlernen. Zumindestens ist mit dem Bonner Parteitag vom 7. November 1998 die personelle Erneuerung der Partei nach 25 Jahren Kohl-Herrschaft bereits angegangen worden. Allerdings begibt sich die CDU - schon aus Altersgründen - mit Wolfgang Schäuble als Partei- und Fraktionsvorsitzendem, aber auch mit Volker Rühe und erst recht Norbert Blüm, in eine Phase des Übergangs, ohne mit diesen langjährigen Weggefährten und Erblässern von Kohl ernsthaft die nächste Regierung stellen zu können. Realistischere Hoffnungen ruhen

---

9 Siehe hierzu Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith (Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg), Der Befreiungsschlag. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 27.9.1998, in: Frankfurter Rundschau v. 2.10.1998, S. 12.

dagegen auf der jüngeren Garde von Oppositionsführern in den Bundesländern, die jedoch zunächst einmal die dortigen SPD-Ministerpräsidenten ablösen müssen, um sich als Hoffnungsträger der Partei profilieren zu können. Das Erfolgsmodell der bayerischen CSU unter Stoiber ist in diesem Zusammenhang für die übrige CDU nicht unbedingt ein strategisches Plus, sondern wird zukünftig weitaus eher für verstärkte Reibungen und Flügelkämpfe zwischen den Schwesterparteien sorgen.

Eine Sisyphusarbeit, die insbesondere von der CDU-Parteizentrale unter der neuen Generalsekretärin Angela Merkel zu leisten ist, wird sein, das Parteiprofil neu zu schärfen und an eine veränderte Wählerlandschaft anzupassen. Das, was bislang Wahlsiege eintrug, reicht nicht mehr hin, denn von einem bewährten Mix aus antikommunistischen Parolen, christlichem Menschenbild, sozialer Marktwirtschaft und Europaidee wird sich die Wählerschaft nicht mehr genügend angesprochen fühlen. Hinzu kommt, daß der Nimbus der Union als Partei der Wiedervereinigung selbst in Ostdeutschland verblaßt ist. Leider ist die Berliner Republik kein Labor. Sonst könnte die Union auf experimentelle Weise ihre Richtungsentscheidung von den Wählern testen lassen: Soll sie sich mehr in Richtung auf eine weltoffen aufgeklärte und moderne Sozialstaatspartei oder aber mehr in Richtung auf eine wertkonservativ-patriotische Wirtschaftspartei nach dem Vorbild der US-Republikaner oder der englischen Konservativen fortentwickeln? Was immer sie auch unternimmt, wird es ihr die SPD danken, weil sie für längere Zeit aus der Schwäche der CDU die größten Vorteile ziehen wird.

### **Verbesserte Chancenstruktur für die Gewerkschaften**

Die interessenpolitischen Rahmenbedingungen der Gewerkschaften haben sich seit dem rot-grünen Machtwechsel deutlich verbessert. Zunächst können sie allein schon deshalb aufatmen, weil mit der Abwahl der Regierung Kohl eine Politik endet, die nicht nur mit wachsender gewerkschaftlicher Einflußlosigkeit einherging, sondern sich gerade in der letzten Legislaturperiode immer eindeutiger mit unternehmerischen Interessenpositionen verband. Deshalb werden sie auch nicht der FDP nachtrauern, die als hartnäckigste Verfechterin handfester Unternehmer- und Selbständigeninteressen nicht mehr am Kabinettstisch sitzt. Statt dessen wird nun die neue rot-grüne Regierung von den Sozialdemokraten angeführt, in denen die Gewerkschaften trotz gelockerter traditioneller Milieuverbindungen nach wie vor ihre natürlichen politischen Bündnispartner erblicken.

Die SPD selbst wird sich als Großpartei ihre Mehrheiten über das Gewerkschaftslager hinaus besorgen müssen. Gleichwohl kann sie in ihrer Politik nicht darüber hinwegsehen, daß sie ihren Wahlsieg nicht so sehr der „neuen Mitte“, sondern in erster Linie der erfolgreichen Mobilisierung und Ausschöpfung ihrer Stammwählergruppen verdankt. Die stärkste Stütze ihres Erfolges bilden dabei die Arbeiter. So erzielt die SPD unter dieser Gruppe insgesamt 48 Prozent der Stimmen, dagegen kommt die Union nur auf 30 Pro-

zent. Während der Stimmenabstand zwischen SPD und CDU/CSU in Westdeutschland 53 zu 31 Prozent beträgt, kann die SPD die CDU auch in Ostdeutschland erstmals mit 39 zu 27 Prozent in der Arbeiterschaft überrunden.<sup>10</sup> Doch auch bei den Angestellten verweist die SPD die Union mit 42 zu 32 Prozent auf die Plätze. Umgekehrt kann sich die Union bei Beamten (40 zu 36 Prozent), bei Selbständigen (44 zu 22 Prozent) und insbesondere bei Landwirten (69 zu 15 Prozent) vor der SPD behaupten.<sup>11</sup> Den größten Rückhalt findet die SPD ihrerseits unter der Gruppe gewerkschaftlich gebundener Arbeiter und Angestellten. Bei der erstgenannten Gruppe erzielt sie 61 Prozent (CDU/CSU: 19 Prozent) und bei der letztgenannten 52 Prozent (CDU/CSU: 21 Prozent) der Stimmen. Insgesamt haben sich 56 Prozent der gewerkschaftlich gebundenen Wähler (West: 60 Prozent, Ost: 41 Prozent) für die SPD entschieden. Die Union kommt auf insgesamt 22 Prozent (West: 23 Prozent, Ost: 22 Prozent) Wähleranteil<sup>12</sup>.

Die DGB-Gewerkschaften haben mit ihrer Politikwechsel-Kampagne ihren Teil dazu beigetragen, daß sich dieser Erfolg für die SPD einstellte. Ihr politisches Gewicht wird aber auch dadurch gestärkt, daß sie mit Walter Riester einen der profiliertesten und besten Vertreter aus ihren Reihen als Arbeitsminister der neuen Regierung stellen. Erkennbar korrigiert diese im Rahmen erster Amtshandlungen soziale Einschnitte der alten Regierung, wodurch elementaren gewerkschaftlichen Forderungen entsprochen wird. Auch verbessert der finanz- und beschäftigungspolitische Kurswechsel unter dem starken Finanzminister Lafontaine Spielräume zukünftiger gewerkschaftlicher Lohnpolitik. Nur werden die Gewerkschaften nicht vergessen haben, wie sprunghaft der gleiche Minister als Modernisierer fähig ist, auf ihre hergebrachten Interessenpositionen und Empfindlichkeiten wenig Rücksicht zu nehmen. Überdies steht die neue Regierung vor einem schwierigen Spagat, weil sie durch eine allzu gewerkschaftfreundliche Politik ihre Zugewinne in der „neuen Mitte“, also in erster Linie bei bessergestellten Angestellten, rasch wieder verlieren könnte. Zudem wird sie mit ihrer arbeitnehmerfreundlichen Klientelpolitik der ersten Amtstage sehr bald auf finanzpolitische Zwänge stoßen, die keine weiteren sozialen Wohltaten zulassen.

Der Erfolg oder das Scheitern der rot-grünen Koalition wird sich sowieso nicht an kurzatmiger Gefälligkeitpolitik mal für das eine und dann für das andere Lager entscheiden, sondern am wirksamen Abbau der Arbeitslosigkeit und an einer mutigen und intelligenten Modernisierung und effektiven Kostenbegrenzung der sozialen Sicherungssysteme. Ob ihr dies allerdings glückt, wird auf jeden Fall auch von den Gewerkschaften als wichtigsten Bündnispartnern mitentschieden, die noch den Beweis zu erbringen haben, ob es ihnen gelingt, die Rolle des Besitzstandwahrers von Arbeitsplatz- und Sozialstaatsprivilegien abzustreifen.

---

10 Siehe Forschungsgruppe Wahlen, S. 21f.

11 Siehe Forschungsgruppe Wahlen, S. 23.

12 Siehe Forschungsgruppe Wahlen, S. 22ff.